

Die Arbeiter haben nicht zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

V. b. b.

Der Mahnruf

Kampfblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich.
Redaktion und Verwaltung: Graz, Elisabethergasse Nr. 20.
Sprechstunden: täglich von 17-19 Uhr.

Wiener Redaktion: Wien, VIII., Simeonsgasse Nr. 21.
Sprechstunden: Donnerstag und Freitag 9-12 Uhr Am Labor
Nr. 18, II. Stg., Gassehaus Gebert.

Eingekandte Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz—Wien

November 1928

Nr. 47

2. Jahrg.

Bezugspreise:

Im Monatsabonnement mit Postzusendung wird jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßenerwerb mit 15 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postzusendung beträgt S 1.40. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Teutichland Mk. 30. Die Bezugspreise sind im vorhinem zu entnehmen.

Postpartakassen-Konto Nr. 69871.

Die Regierung zahlt ausländischen Generälen und Habsburgern Pensionen!

Im Finanzausschuß ist die neueste Korruption aufgedeckt worden. Eine Reihe von ausländischen Offizieren, die in der 1. u. 2. Armee dienten, bekommen, ohne daß man bisher etwas davon wußte, Pensionen. So z. B.

Generaloberst Carlotic, sächslavischer Staatsbürger, monatlich 1000 S., das sind 10 Mill. Kronen.

Da die diesbezüglichen Akte verheimlicht und

versteckt gehalten wurden von den Bürgerlichen, ist der Umfang dieser Lumperei noch nicht abzusehen. Vielleicht wird man überhaupt, solange die Arbeiter nicht das ganze System zerbrechen und zertrümmern, niemals den wahren Sachverhalt kennen lernen.

Aus Tageslicht ist auch gekommen, daß dem Generalobersten Ferdinand Habsburg eine Pension verliehen wurde. Höhe noch unbekannt.

Heimwehrfaschistische Terrorakte gegen die Arbeiterbewegung.

Die sozialdemokratische Partei Tirols begann am 10. November in Neutal mit der Herausgabe des „Neutaler Volksblattes“. Heimwehrfaschisten rotteten sich zusammen und der Herausgeber des Blattes mußte — flüchten.

In Innsbruck überfielen am 12. November feierliche Heimwehrfaschisten Arbeiterfrauen und Kinder und rissen ihnen die roten Nelken herunter. Vor dem sozialdem. Arbeiterheim in Innsbruck ließ sich Steidle auf die Schultern heben, worauf er eine seiner bekannten Fehreden gegen die Arbeiterschaft hielt. Daraufhin versuchten Heimwehrfaschisten das Arbeiterheim zu stürmen, wobei sie allerdings zurückgeschlagen wurden.

Die Provokationen der Heimwehrfaschisten wurden von den Innsbrucker Arbeitern nicht mit der bei den Führern beliebten „Besonnenheit“ beantwortet, sondern die Heimwehrfaschisten wurden an mehreren Orten tüchtig verprügelt. Der „Arbeiterwille“ verschweigt das, da er besorgt ist, daß es die Arbeiter von Graz bei Gelegenheit eben so machen könnten.

Kein Geld für die alten Arbeiter — 3 Millionen Mehrausgaben für das Polizeijahr 1929.

Im Hauptausschuß stellte der Sozialdemokrat Ebersch wieder den Antrag, die Altersversicherung mit 1. Juli 1929 in Kraft treten zu lassen. Der Antrag wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Polizeiausgaben für 1929 wurden jedoch um 8 Millionen Schilling erhöht. Die Altersversicherung würde dem Staate nur 3 Millionen Schilling jährlich kosten.

Protest gegen die Verbannung von Trotsky und Genossen.

An die Sowjetgesandtschaft in Wien!
Die in der Revolutionskumgebung am 15. Nov. versammelten Grazer Arbeiter protestieren energisch gegen die Verbannung der oppositionellen russischen Kommunisten, deren Führer Trotsky, I. I. I. I., I. I. I. I., I. I. I. I. und Genossen in der Verbannung auf Wunsch der Kulakfreunde langsam zugrunde gerichtet werden sollen.

Die Versammelten fordern sofortige Aufhebung der Verbannungen, die die kommunistische Bewegung in allen Ländern misgreditiert und die Gegner der kommunistischen Bewegung stärkt.

Die Resolution wurde mit allen gegen zwei Stimmenenthaltungen angenommen.

Betriebsratswahlen in den Zeitscher Magnesitwerken.

Die am Sonntag den 11. November stattgefundenen Wahlen in den Zeitscher Magnesitwerken zeigten folgendes Ergebnis: Freigewerkschaftlicher Bergarbeiterverband 558 Stimmen, deutsche Gewerkschaft 95 Stimmen. Sechs Sitze waren leer. Die Freigewerkschaftler erhalten somit 9 Mandate, die gelbe Gewerkschaft 1.

Für die Rettung Trotskys.

Mittwoch früh prangten auf der Berliner Sowjetgesandtschaft in großen Lettern die Worte: **Heran mit Trotsky — nieder mit Stalin.** Die Angestellten der Sowjetgesandtschaft versuchten vergebens mit Säuren die Schrift abzuwaschen. Diese Demonstration ist in allen Berliner Betrieben Gesprächsstoff. Die Proteste an die Gesandtschaft gegen die Verbannung nehmen immer größeren Umfang an.

Spendet für den Preßfond!

Auf dem Wege zum Staatsreich! Die Bourgeoisie fordert eine grundlegende Verfassungsänderung.

Man muß es offen aussprechen: die österreichische Bourgeoisie ist zielbewußt, konsequent, sie versteht es mit meisterhafter Kraft und Geschlossenheit ihre gemeinsamen Klassenziele über alle untergeordneten, trennenden Teilprobleme zu stellen. Diese Tatsache müssen sich die österreichischen Arbeiter einprägen, denn es ist nicht gut, seine Gegner zu unterschätzen. Es ist nicht gut, wenn hunderttausende gute Arbeiter tatsächlich glauben, Seipel sei ein schlechter Politiker, da er mit seiner Politik die Katholiken aus der Kirche vertreibt, Baugoin sei eine lächerliche Figur, die sich mit Soldatenpielerei fasse und Kienböck sei ein schlechter Politiker, da er mit seiner Finanzpolitik die Länder abspitze. Diese Auffassungen, die täglich von der S. P. Presse in die Gehirne der Arbeiter gehämmert werden, sind die gefährlichsten Fehldarstellungen der österreichischen Arbeiter. Wir sagen es noch einmal: das Triumphhirn Seipel-Baugoin-Kienböck ist das fähigste und beste Instrument in der Hand der Finanzbourgeoisie, um ihre Diktatur aufzurichten, um die widerstrebenden Teile der Mittel- und Agrarbourgeoisie an ihren Wagen zu fetten. Die Staatspolitik Seipels hat die Einheit der Bourgeoisie unter finanzkapitalistischer Führung erreicht, die Militärpolitik Baugoins hat die Armee zu einer kapitalistischen Prätorianergarde gemacht, die Finanzpolitik Kienböcks hat die Kassen des Staates gefüllt, hat den Ländern mit ihren Sonderinteressen das Joch des Wiener Bankkapitals auferlegt. Muß es hier im Gegensatz dazu nochmals gesagt werden, wohin uns die „proletarische Staatspolitik“ Remers, die „proletarische Militärpolitik“ Julius Deutsch und die „proletarische Wirtschaftspolitik“ Otto Bauer, dieses kleinbürgerlichen Triumphhirns, geführt hat? Wir glauben, das ist hier nicht notwendig.

Nachdem die Bourgeoisie am 15. Juli die Stappe des offenen Gewaltregimes eröffnet hat, nachdem das Generalmanöver vom 7. Oktober glänzend gelungen ist, geht jetzt die Bourgeoisie mit ihrer Regierung offen dazu über, das bogaonene Werk zu krönen: die Legalisierung des Gewaltregimes durch eine Verfassungsänderung nach dem Muster der Hindenburgs- oder Pilsudskys „Demokratie“.

Was wollen die Herren konkret? Seipel hat es mit zynischer Offenheit in seiner Ansprache an Hainisch und am 13. November in der Ebanännerkonferenz des Parlaments ausgebrütet: Wahl des Präsidenten der Republik durch das Volk, Erweiterung der Befugnisse des Präsidenten, der künftig die Regierung ernennen und den Nationalrat auflösen soll.

Wißt ihr, was das heißt? Dem Bundespräsidenten soll es künftig möglich sein, so wie Hindenburg

burg nach dem § 4ⁿ der deutschen Verfassung, die autoritäre Verfügungen zu treffen. Erinnert ihr euch noch an den § 14, indem die alte Monarchie unter Stürzfuß griff, wann und wenn es ihr genehm war? Gerade in Österreich, der verhärteten Klassenagenstände, des Gleichgewichtes der Klassenkräfte, würde ein neuer § 14 eine unvergleichlich größere Rolle spielen, als der ähnliche § 4ⁿ in Deutschland. Und um einer solchen Diktatur die notwendige demokratische Weiche zu geben, soll der Präsident durch das Volk gewählt werden. Die Bourgeoisie weiß ja, das sie die Majorität der Stimmen hat, und müßte sie fürchten, sie nicht zu haben, würde sie halt eine Wahlreform nach dem Vorschlag des Großdeutschen Straßener (Pluralwahlrecht für die Wessenden) vornehmen — darum kann sie sich diesen Luxus leisten, den sich jede Diktatur von Napoleon III. bis Wisludsky geleistet hat.

Für die Bourgeoisie gibt es nur mehr eine Traage: die Durchführung des Staatsstreiches. Trocken oder naß, legal oder blutig, das ist die Frage. Zuerst versucht sie es legal. Sie wendet sich an die Sozialdemokratie, deren Stimmen bei einer legalen Verfassungsänderung gebraucht werden, da dazu eine Zweidrittel-Majorität notwendig ist. Was haben die S. P.-Parlamentarier in der parlamentarischen Obmannerkonferenz zu den Plänen der Bourgeoisie, zu den Worten Seipels gesagt? Haben sie mit aller Schärfe die Verfassungsänderung abgelehnt? Ach, nein die rotsagen Kleinbürger von der S. P. haben erklärt, sie sehen „Derzeit diese Notwendigkeit nicht“ und ließen sofort durchleuchten, sie wären zu einem Geschäft bereit, d. h. sie verlangen Zugeständnisse im Rahmen der Verfassung, wobei ihnen in erster Linie die Ehrechtsreform vorschweben dürfte. (Darum gegenwärtig der „Versammlungsturnus“ der Ehrechtsreformen!) Ihr zweifelt, das die S. P.-Führer eines so schwachvollen Kompromisses fähig sind, ihr zweifelt, das sie politische Machtpositionen für kulturpolitische Reformen eintauschen wollen? Dann denkt über die Worte nach, die Seip in der Obmannerkonferenz sprach: sie (die S. P.) könnte sich eine Änderung der Stellung des Bundespräsidenten nur im Rahmen einer auch andere Teile der Verfassung ändernden Verfassungsreform vorstellen“.

Es gibt keinen Zweifel mehr: die S. P. Führer wagen nicht der Staatsstreichspolitik der Bourgeoisie Widerstand entgegenzusetzen. Würde sie es aber wagen, dann würde die Bourgeoisie eben mit Gewalt die Verfassungsänderung erzwingen. Und davon hängt den kleinstädtischen Parlamentariern der S. P. am allermeisten. Lieber Gunst werden, als Klassenkampf zu führen.

Ihr habt, um Eurer großen Illusion willen, endlich doch mit dem Stimmzettel „die Macht im Staat“ zu erobern, alles gedulbig hingegenommen. Hungerlöhne, Arbeitslosigkeit, blaue Wöhen. Ganz nahe seid ihr der parlamentarischen Majorität gekommen. In diesem Augenblick aber setzte die un-demokratische Aktion der Bourgeoisie ein: vom 15. Juli bis zur Staatsstreich-Vorbereitung. Beginnt ihr jetzt zu begreifen, wohin euch der Weg des parlamentarischen Kettenismus führt? **Verst** aber nicht von den kleinstädtischen Gunst-Politikern, sondern von den konsequenten Klassenpolitikern der Bourgeoisie, vor allem aber: den Weg des revolutionären Klassenkampfes wieder zu beschreiten, den ihr seit 1914 verlassen habt.

Uebergriffe der Heimwehrler in einer Schule.

Am 2. November erschienen in Halbentain mehrere Mitglieder des Ortschulrates, durchwegs Bahnenhelfer, beim Schulleiter Krasser und verlangten, das der dortige Lehrer Kosjäl sofort das Schulzimmer zu verlassen habe. Als Grund führten sie an das Kosjäl Sozialist sei.

Alle Klassenbewußten Arbeiter lesen und verbreiten den „M A H N R U F“ !!!

Polizei verhaftet und fesselt grundlos einen Arbeiter!

Dieser wird in der Wachtube um 140 Schilling bestohlen!

Die Arbeiter werden immer häufiger als Objekte betrachtet, gegen die sich die Polizei ungefragt jede Schurkerei, jede Gemeinheit erlauben darf. Die Polizisten wissen, das sie bei der Polizeidirektion, bei den Gerichten und ganz besonders bei ihrem Chef in der Landesregierung für jede Schandtat offene Belobung, nicht selten mit Beförderung verbunden, ernten.

Am 7. November l. J. wurde dem Eisenbahner Timmischl der Rößlacher Werkstätte, als er nach Hause fuhr, von einem „neueingestellten“ Tramwayschaffner, der nicht einmal ordentlich lesen kann, die Monatskarte in einer geradezu laubhüßigen Art aus der Hand gerissen, so das diese beschädigt wurde. Der Eisenbahner stellte den „neueingestellten“ Schaffner zur Rede, immerhin aber im ruhigen Ton. Dieser ging daraufhin in die Wachtube Ostbahnhof. Was der Schaffner dort sagte, weiß man nicht. Einige Wachtube mit Wachinspektor Maxter an der Spitze kamen und brüllten den Eisenbahner an auszufsteigen. Da sie einen Arbeiter vor sich hatten, ließen sie ihn nicht zu Wort kommen. Zeugen einzuvernehmen, die beweisen konnten, das er sich nichts zuschulden kommen ließ, wurde abgelehnt. Das Nationale des Schaffners wurde trotz mehrfacher Aufforderung nicht abgenommen. Der Eisenbahner wurde stoßend und puffend in die Wachtube Ostbahnhof getrieben. Eine eingesteckte Salmiaklosche wurde ihm dabei zerbrochen und die Kleidung teilweise verbrannt. Empört über die schändliche Behandlung machte er einige Äußerungen.

Die Wachtube stürzten sich auf ihn und fesselten ihn von rückwärts derart brutal, das diesem 10 Tage nach

Dem Vorfall die Seelente noch schmerzen.

Ein Straßenpassant zeigte schon auf der Straße den Wachtube seinen Beifall. Er durfte deshalb auch mit in die Wachtube und als der Eisenbahner von rückwärts gefesselt wurde, benützte der fremde Straßenpassant die Gelegenheit

an den Westentaschen des Gefeßelten herumzugreifen, genau so, als wollte er bei der Fesselung Beistand leisten.

Gefeßelt wurde dann der Eisenbahner, wie ein Stück Vieh in den Wagen für Betrunkene geworfen, obwar er vollkommen nüchtern war. Als ihm die Fesseln abgenommen waren

entdeckte er das Fehlen von 140 S aus der Westentasche. Der Dieb ist niemand anderer als der Straßenpassant, der in der Wachtube Ostbahnhof zur Zufriedenheit der Polizei „Affiktung“ leistete.

Obendrein wurden dem Eisenbahner 8 Schilling aus dem Taschengeld für den Transport mit dem Betrunkenenwagen abgenommen und eine Geldstrafe von 15 Schilling diktiert.

Wie wir hören, sind die Eisenbahnarbeiter der S. P. D., wo Timmischl im Dienste steht, empört über den Vorfall. Die Vertrauensmänner griffen den Vorfall auf. Sie sollen die SP-Abgeordneten zwingen, das sie im Gemeinderat und im Landtag gegen diese Schurkereien der Polizei gegen Arbeiter Stellung nehmen, Sühne fordern. Die Arbeiter werden sich die Abrechnung mit der Polizei noch vorbehalten. Aber abgerechnet wird, dessen sind wir sicher!

Die Ochsen brüllen „ja“.

Mussolini hielt am Tage der 10 jähr. Wiederkehr des Sieges im Weltkrieg eine Kriegpropagandarede. „Werdet Ihr, wenn es notwendig sein wird, morgen das tun, was Ihr gestern getan habt,“ fragte Mussolini die versammelten Faschisten. Die italienische Presse berichtet, die Versammelten antworteten mit einem stämmigen „Ja“! Wir kennen das; 1914 zogen auch bei uns die Soldaten „begeistert“ in den Krieg und 1918 rissen sie den k. u. k. Offizieren begeistert die goldenen Wägen von den Krügen.

Ausschluss linker Sozialdemokraten.

Begen die Opposition in der Wiener Sozialdemokratischen Partei beginnt die Hege. Die Herausgeberin des „Linken Sozialdemokraten“, Gen. Wolany, sowie die gesamte Arbeitsgemeinschaft soll ausgeschlossen werden.

Neuwahlen in England.

In London ist man der Meinung, das die Neuwahlen bereits im kommenden Mai stattfinden und zwar unmittelbar nach der Einbringung des nächsten Budgets, das eine Reihe von Steuererleichterungen für das bestehende Bürgerturn enthalten soll.

Die deutschen Gerichte geben den Industriemagnaten Recht!

Es ist noch nicht lange her, da wendeten sich Führer der deutschen Sozialdemokratie auf dem Kongress der freien Gewerkschaften gegen die Auffassung, Deutschland sei eine „Bourgeois-Republik“. „Sihen doch unsere Minister in der Regierung, haben wir doch einen erlöschenden Einfluß im Staate“ — meinten sie triumphierend. Wer wirklich in Deutschland die Macht hat, das beweist der große Kampf

der deutschen Metallarbeiter mit aller Klarheit. Die Unternehmer haben hunderttausende Arbeiter ausgesperrt. Sie anerkannten den Schiedspruch des Schlichters nicht und wendeten sich an das Arbeitsgericht von Duisburg um Ungültigkeitserklärung des Schiedspruches. Nun hat das Arbeitsgericht seine offene Solidarität mit den Eisenkönigen bewiesen und den Schiedspruch für ungültig erklärt. Damit fällt das ganze Kartenhaus der reformistischen Gewerkschaftstaktik, die die Arbeiter mit der „Autorität des Staates“, der ihr Recht vertreten werden vertrösteten, zusammen. Beim ersten Angriff der Unternehmer zerfällt das ganze Netz des staatlich verordneten „Arbeitsfriedens“ und die demokratisch verfeuchte Arbeiterschaft wird von den Unternehmern befehrt, das die letzten Entscheidungen nur im offenen Klassenkampf fallen. Wollen die Ruhrarbeiter siegen, so müssen sie nun den Kampf führen für die Beseitigung der Schlichtungsordnung, sie müssen sich selbständige Kampfleistungen schaffen und den Kampf zuspitzen auf eine Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe unter der Leitung der Betriebsräte.

Die Einheitsfront aller Arbeitslosen im Entzweien begriffen.

Bildung eines 16er-Ausschusses aller Erwerbslosen Österreichs in Wien.

Nachdem monatelang die Arbeitslosen in Wien und Österreich sich selbst überlassen blieben — einzig und allein unsere Genossen organisierten bei den Angefallenen ein Komitee — nachdem das J. R. der R. P. D. unterließ, eine Arbeitslosenbewegung (und wenn auch nur nach dem überlebten Schema der Vergangenheit) zu organisieren, ergriffen einzelne Gruppen unter den Arbeitslosen die Initiative zur Schaffung einer gemeinsamen Plattform aller Arbeitslosenkomitees, Gruppen, Verbände usw. Die Vertreter aller derartigen Gruppen traten zusammen

und akzeptierten schließlich einstimmig, von geringfügigen Änderungen abgesehen, das Programm, das Gen. Landau entwickelte und das auch im „Mahnruf“ vor einigen Wochen veröffentlicht wurde.

Schließlich wurde ein gemeinsames Exekutivkomitee gewählt, dem von uns Gen. Landau, vom B. R. Gen. Wegerer und einige Genossen und Genossinnen angehören. Insgesamt sind in dem 16er-Ausschuß sechs Kommunisten, drei Sozialdemokraten, der Rest sind Angehörige bürgerlicher Parteien oder Parteiloze. Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß einzelne Mitglieder, vielleicht sogar Gruppen, die sich jetzt anschließen, wieder abfallen werden, wenn der Kampf zur Organisierung eines revolutionären Massenbruchs auf die reaktionäre Regierung führt. Eine solche Klärung und Säuberung wird aber an der Tatsache nichts ändern können, daß sich die Arbeitslosen, ohne Unterschied der Partei, auf dem Boden eines revolutionären Forderungsprogrammes geeinigt haben. **Und daß die Gesamtbewegung keinen anderen Weg als den des revolutionären Klassenkampfes einschlagen wird, dafür werden unsere Genossen Sorge tragen.**

Am 9. November fand bereits eine Versammlung der arbeitslosen Angestellten statt, bei der Gen. Landau unsere Forderungen entwickelte. Am 21. November findet in Wien im Dreheraal eine große Massentundgebung aller Arbeitslosen Wiens statt.

Die Arbeitslosen beginnen sich zu rühren.

Wenn auch dem ersten Aufrufe der Kommunisten die Masse der Arbeitslosen noch nicht in dem Ausmaße gefolgt ist, wie es notwendig wäre, so war doch der Aufrast der Versammlung am 15. November ein erfolgversprechender. Genosse Pfeißl als Referent wies besonders auf die Folgen der bisher waltenden Gleichgültigkeit seitens großer Teile der Arbeitslosen hin. Der indirekte Abbau der Arbeitslosen-Unterstützung nimmt immer größere Formen und größeren Umfang an. Gesuche und Beschwerden wandern bei der F. B. R. immer mehr in den Papierkorb. Am 31. Dezember will die Seipelregierung die bisherige Gesetzlage der Arbeitslosenfürsorge nur weiter bestehen lassen, wenn man einen „kleinen“ Hauszug bei den Mietern erlaubt. Auch das Überstundenwesen in den Betrieben, besonders in der Weiger Waggonfabrik, greift immer mehr um sich. Die Folge ist, daß viele Arbeitslose, ohne Aussicht Arbeit zu bekommen, weiterhungern müssen und den Unternehmern notwendige Lohnherdhungen erspart bleiben. Aus all diesen und anderen Gründen ist für die Zukunft das Gebot der Stunde Zusammenschluß aller Arbeitslosen zum Kampfe und Selbstschutz gegen Not und Elend. Auch die nachfolgenden Diszussionsredner Meißl, D. R. Moil, Wagner und Meller wiesen auf die notwendige Solidarität der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter hin, die nicht nur in Worten, sondern in der Tat zum Ausdruck kommen soll. Mit dem Appell des Vorsitzenden Gen. Koch an alle Anwesenden, an der Vorbereitung für eine planmäßig organisierte Arbeitslosenbewegung mitzuarbeiten, schloß Gen. Koch die Versammlung. Arbeitslose, wachet auf, erscheint in Zukunft noch zahlreicher zu den Versammlungen, abonniert und leidet den „Mahnruf“, damit ihr über alles informiert und vorbereitet seid.

Der Untergang der Vestris — ein Verbrechen der Meeder.

Der 11.000 Tonnen-Dampfer Vestris, der im Atlantischen Ozean gesunken ist, wobei zirka 100 Personen ertranken, war ein alter morscher Kasten, der bei einem Sturm leck wurde. Sicherlich haben die Meeder das Schiff in Voraussicht des Kommenden auf eine hohe Summe versichern lassen.

Verbreitet den „Mahnruf“!

Erklärung an den 6. Weltkongreß der Komintern.

Von Leo Trotsky.

Der Unterzeichnete hat in zwei ausführlichen Arbeiten den Versuch unternommen, eine Bewertung dieses Programmwurfs in Verbindung mit der veränderten internationalen politischen Lage (specially in den letzten 5 Jahren), und ebenfalls die Bewertung der letzten Schwenkung des ZK. der BKP r. l. komm. Partei, und des Februarplenums des ZK in Verbindung mit der Lage in der U.S.S.R. und in der Komintern, zu geben. Diese Arbeiten sind für den sechsten Kongreß geschrieben. Die eine von ihnen ist bereits abgeschickt, während die andere gleichzeitig mit der gegenwärtigen Erklärung zugeht. Das Ziel dieser „Erklärung“ ist, vor der höchsten Instanz der kommunistischen Internationale die Frage der

Wiedereinreichung der Bolschewiki-Leninisten (Opposition) in die Partei

auf der Grundlage einer klaren und deutlichen Darlegung ihrer Stellungnahme zu der gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben der Komintern aufzuwerfen. Die gewalttätige Isolierung der Anhänger der Plattform der Bolschewiki-Leninisten (Opposition) in Sibirien, Zentralasien usw., viele tausende unwegsam Kilometer vom Zentrum und voneinander entfernt, schließt die Möglichkeit der Ausarbeitung einer kollektiven Erklärung aus. Von den an die verbannten Oppositionellen versandten Briefen — auch eingeschriebenen — gelangen höchstens von 3 bis 4 Briefen nur ein einziger als Ausnahme an den Adressaten. Und das auch nur in einem Zwischenraum von 2 bis 3 Monaten. Unter diesen Bedingungen bin ich gezwungen, die Erklärung an den sechsten Kongreß nur mit meinem Namen zu zeichnen. Es ist sehr wahrscheinlich und sogar zweifellos, daß bei einer kollektiven Beratung in den Zeit wesentliche Änderungen hineingearbeitet worden wären. Doch sogar bei dem gegenwärtigen beschnittenen und unterdrückten Briefverkehr mit den Gesinnungsgenossen kann ich mit voller Überzeugung behaupten, daß die vorliegende Erklärung in seinen Hauptgrundsätzen der Ansicht der erdrückenden Mehrheit der Anhänger der oppositionellen Plattform entspricht, wenn nicht gar aller. Insbesondere gilt das von den vielen Hunderten der Verbannten.

Eine richtige Politik in der U.S.S.R. ist ohne eine richtige Politik der Komintern undenkbar. Darum steht die Frage der Linie der Komintern, d. h. also die strategische Linie der internationalen Revolution, für uns über allen anderen Fragen. Doch die Lage hat sich geschichtlich so gestaltet, daß den Schlüssel zur Politik der Komintern die BKP bildet. Es ist hier überflüssig, über die Bedingungen und die Gründe zu sprechen, welche der BKP mit Recht die Rolle der führenden Partei der Komintern zu teilten. Die Komintern hat in den ersten Jahren ihres Bestehens nur dank der Leitung der BKP ihre wirklich gigantischen Eroberungen gemacht. Doch die weitere falsche Politik der BKP, und die Bürokratisierung ihres Regimes hat dazu geführt, daß an Stelle des fruchtbaren ideellen politischen Einflusses des Bolschewismus auf die Komintern immer mehr rein administrative apparatmäßige Kombinationen gesetzt werden. Das erklärt die Tatsache der Nichteinberufung des Kongresses im Laufe von 4 Jahren, ebenso wie die Tatsache, daß das letzte ZK-Plenum (Februar) es für möglich hielt, die Resolution, welche lautet, daß die Taktik der Opposition der BKP dem Sturz der Sowjetmacht erstrebt (!), anzunehmen. Eine Behauptung, welche höchstens jene kompromittiert, die sie der Exekutive vorgelegt haben und jene, die dafür gestimmt haben, doch nicht im geringsten die revolutionäre Ehre der Bolschewiki-Leninisten (Opposition) anzutasten vermag. Die ganze Aufgabe besteht darin, daß man versuchen muß, indem man den bestimmenden Einfluß der Ideen und der Politik des Bolschewismus auf die jüngeren Parteien der kommunistischen Internationale zu bewahren oder richtiger wiederherzustellen versucht, diese gleichzeitig von dem bürokratischen Kommando befreit. Diese Aufgabe ist untrennbar mit der Aufgabe der

Änderung des Kurses und des Regimes in der BKP.

selbst verbunden. Wir gehen somit in unserer Erklärung von der internationalen Perspektive und den grundsätzlichen Interessen der Komintern aus und wenden unsere ganze Aufmerksamkeit der Krise in der BKP zu, deren inneren Gruppierungen und jenen Umständen, die nach unserer Ansicht daraus folgern.

Fortsetzung folgt.

Was man uns schreibt

Personalbehandlung im Stadtkeller.

Der Besitzer Preglay des Stadtkellers Fischmarkt, versteht zweifelsohne sein Geschäft. Er ist der Typus des Bäckers, der sich emporarbeitet. Auf welche Kosten? Vom Personal verlangt er eine „15 bis 17“ stündige Arbeitszeit pro Tag, ohne Überstundenentlohnung. Kollektivvertrag, so etwas existiert für ihn nicht. Sogar auf den Ausgang soll das Personal verzichten. Die „Gnädige“ rähmt die Zeit, wo sie noch in Knittelfeld waren: „niemals hat dort das Personal einen Ausgang gehabt. Heute wollen die Leute nicht mehr arbeiten, sie denken nur an Zimmerstunden und Ausgang“. Diese Auswüchse des Personals verdankt Preglay heute alles, was er hat. Dafür ist er mit dem Personal hundsgemein. Gauer, Schweine, Kanaille, Saumenisch sind die üblichen Anreden. Die Gewerkschaft der Gast- und Kaffeehausangestellten darf diesem Treiben des Preglay nicht länger zusehen. Eine energische Zurechtweisung muß erfolgen. Ein Gasthausangestellter.

Abbauen, abbauen — ein Arbeiter zählt nichts!

Er ist Obmann der Bauindustriellen Steiermarks, der Ing. Ruppers, und versteht sein Geschäft. Vor einigen Wochen wurden die freigerwerbschaftlichen

Vertrauensleute Illmayer, Strohmaier, Schwarz über Knall und Fall entlassen wegen Arbeitsmangel. Obwohl gerade Schwarz und Strohmaier die einzigen verlässlichen Böhler beim Kanalbau waren.

Dafür wurden die Schließerin Böhler. Einmal rumpelt dort die Böhler, einmal kracht da die Treppe. Was schadet? Es kann ja nur Arbeiter treffen, denn Ing. Ruppers steigt nicht in die Grube. „Sinnlos mit den Haken“ ist das Motto des Hauptcaps des Industriellenverbandes, wenn sie auch gute Arbeiter sind, es trifft ja nur ausgehungerte Bauproleten. Ein Bauarbeiter.

Rinderanbuchtung, die Jugendfürsorge genannt wird.

Ein Arbeiter schreibt uns: „Wie es den Mädels geht, die vom Jugendamt auf's Land geschickt werden, das will ich schildern. Vor zwei Jahren mußte ich meine 16 Jahre alte Tochter dem Jugendamt zur zeitweiligen Fürsorge übergeben, da ich in das Spital geben mußte. Vom Jugendamt wurde mein Kind nach Preding gesandt, und der dortigen Landesbauernvereinsvorsitzende zur weiteren Pflege übergeben. Diese „Pflege“ sah eigenartig aus. Das Kind wurde beim Bauern Draxler in Degenberg als Diensthof ohne Lohn eingestellt. Um auch anderen Bauern eine

billige Arbeitskraft zu kommen zu lassen, wurde das Kind sodann zum Fischer Bauern, vulgo Osterreicher in „Pflege“ gegeben. Dort mußte es alle Tage um 4 Uhr früh aufstehen und bis 11 und 12 Uhr nachts arbeiten. Ganz vernachlässigt habe ich, als ich aus dem Spital kam, das Kind wieder gefunden, Schuhe und Kleider hingen nur mehr als Fetzen an ihm. Durch die grobe Behandlung, die das Kind erlitt, wurde es förmlich ein Eschapperl. Nirgends durfte es hingehen als in die Kirchen. Das Fürsorgeamt, bei dem ich mich öfters nach dem Kind erkundigte, sagte mir immer, es gebe ihm sehr gut, es habe einen guten Platz. Jetzt habe ich gesehen, wie die Jugendfürsorge in Wahrheit beschaffen ist. A. P.

Die Dollarprinzessin der Neubaugasse.

Eines schönen Tages kam hereingeschneit in die Neubaugasse Nr. 22, frisch importiert aus Amerika, das Ehepaar Gottlieb. Ein paar Dollar — zur Inflationszeit — und sie waren Hausbesitzer und damit begann auch das Martyrium für die Hauspartei. Die neue Würde war der Josefine Gottlieb in den Kopf gestiegen und seit dieser Stunde war die Hölle los. Vom Keller bis zum Dach blieb niemand verschont. Kündigungen, Ehrenbeleidigungen, anonyme Anzeigen jagten einander. „Mit der Bagage muß man fertig werden. Wenn der Mieterschuh fällt, fliegt's alle!“ —

In 4. Stock dieses Hauses, unter dem Dach, wohnt eine 80-jährige, durch harte Arbeit halb-gelähmte Arbeiterin seit 25 Jahren. Hilflos wie sie ist, schien sie am besten geeignet, wehrlos die Angriffe der Dollarprinzessin ertragen zu müssen. — Klammungslage wegen Eigenbedarf. Die Verhandlung am 7. November im Bezirksgericht unter dem Vorsitz Dr. Gadaus rollte die ganze Infamie dieser Hausbesitzerin auf, zeigte der Öffentlichkeit wieder einmal die verlogene, brutale Fraue des christlichen Bürgertums. Der Prozeß geht weiter. Sie wird ihn nicht gewinnen, es wird ihr nicht gelingen, die alte Frau auf die Straße zu jagen. Eine aber wird der Prozeß der Frau Josefine Gottlieb doch bringen: die Verachtung aller anständigen Menschen!

Ein Bauarbeiter.

Riferiti.

Eine Schar von 30 Bauarbeitern brüllte vor einigen Tagen in allen Tonarten in der Reple-

straße „Riferiti“. Die Passanten blieben, fragend was dieses imitierende Hahnengeschrei zu bedeuten habe, stehen. Da sah man drei Hahnenschwänzler-Kohhuben, daberkommen. Nun war alles verständlich. Alles, Männer, Frauen, Mädchen und Kinder, lachten die Hahnenschwänzler aus, die, rot vor Scham ob des öffentlichen Spottes, drückten sich über sie ergoß, am liebsten in den Erdboden verschwunden wären.

Alpine-Methoden bei der Grazer Tramway. Die Straffellas treiben den Unterbeamten Moser zum Selbstmord.

Der Streik wurde abgebrochen mit dem Versprechen, daß alle Härten gegen das Personal vermieden werden. Das wahre Gesicht zeigt sich aber erst jetzt.

Der Unterbeamte Moser war 10 Jahre in der Kanzlei Angestellter, versah seinen Dienst ordnungsgemäß. Weil er beim Ausbruch des Streikes mit den Streikenden solidarisch war, wurde er von seinem Dienst entlassen und dem Außendienst zugeteilt.

Moser, der kränklich ist, erlitt durch die Arbeitsverschlechterung einen Zusammenbruch. Er öffnete in seiner Wohnung die Gasähne und versuchte sich, während seine Frau einkaufen ging, zu vergiften. Bewußtlos wurde er ins Spital überführt.

Ein Straßendiebstahl.

Gegen einen entstellten Versammlungsbericht.

Am 15. Oktober tagte in den Steinfelder-Gälen eine Pensionistenversammlung, einberufen von „unpolitischen Staatspensionisten-Verband“. Der Bericht meiner Ausführungen wurde in der alpenländischen Pensionisten-Zeitung vollständig entstellt gebracht. Ich übte die Kritik nicht ausschließlich gegen die Freie Gewerkschaft und S. P., sondern ich betonte, daß alle drei Gewerkschaften keinen ernstlichen Kampf zur Verbesserung der Lage der Eisenbahnalt-pensionisten führen. Ausdrücklich betonte ich, daß die S. P. im Parlament wohl Anträge zur Verbesserung der Lage der Alt-pensionisten stellt, diese jedoch von den bürgerl. Abgeordneten abgelehnt wurden. Der Kern meiner Ausführungen war, daß die S. P. die Alt-pensionistenfrage aufs parlamentarische Geleise verschiebt, wo sie weiß, daß auf diesem Wege nichts zu erreichen ist.

Kasbauer.

Der Ausbruch des Vulkans Ätna auf Sizilien ist im Abflauen begriffen. Die Lavamassen verkrusten und erkalten langsam. Die beiden Ort-schaften Nunziata und Carabba, welche am meisten bedroht waren, dürften vor der gänzlichen Zerstörung verschont bleiben. Der gesamte, durch den Ausbruch verursachte Schaden dürfte einige hundert Millionen Lire ausmachen.

Die Bourgeois-Republik ehrt ihre Leute. Anlässlich des 10-jährigen Bestandes der Republik wurde dem steiermärkischen Landeshauptmann Rintelen das „große Ehrenzeichen am Bande“ verliehen.

Der erste Neger im amerikanischen Parlament. Seit 27 Jahren zum ersten Male wird ins New-Yorker Abgeordnetenhaus ein Neger einzichen u. zw. der Grundstückehändler Oskar Priestl. Er hatte im Wahlbezirk von Chicago den weißen Wahlwerber besiegt.

Der Generalstreik soll in Elsaß-Lothringen von Kommunisten und Autonomisten durchgeführt werden zur Erzwingung der Rechte der dortigen Bevölkerung.

Zum Tode verurteilt wurde Jocal, der Mörder des mexikanischen Präsidenten Obregon. Die intellektuelle Urheberin des Mordes, eine Nonne, erhielt 20 Jahre Gefängnis.

Verboden wurde in Belgrad die Vorführung des Filmes „Leben und Wirken Stephan Radic.“ Man fürchtet für die Störung der Ruhe und Ordnung.

Zweiterlei Erlässe wurden in der letzten Zeit von den Schulbehörden herausgegeben. Der eine gestattet das Singen der Melodie des bekannten Liedes „Gott erhalte“ an österreichischen Volksschulen — allerdings mit dem Text Kernstock „In Österreich“, der andere Erlaß untersagt die Beteiligung der Schulkinder an politischen Umzügen. Als solche wertet die Behörde die Feier des 12. November und 1. Mai.

Während einer Kinderdarstellung brach in einem Lichtspieltheater in Rhodnyes im sibirischen Gouvernement Woronesch ein Brand aus und zerstörte das Gebäude bis auf den Grund. Zwanzig Kinder wurden nur mehr als verohlte Leichen geborgen.

Eine gute Lehre wurde in der deutschen Universitätsstadt Greifswald einigen deutschenationalen Studentlein zuteil. Nachdem sie das dortige Bebel-denkmahl besahen hatten, wurden sie, um einer Strafanzzeige auszuweichen, von Arbeitern gezwungen, Kränze mit roten Scheifen durch die Stadt zu tragen, am Denkmahl Bebel's niederzulegen und dortselbst wegen der Denkmahlshändlung Abbitte zu leisten.

Der Kopf.

Als der englische Kanzler Morus im Gefängnis rasiert werden sollte, ließ er es nicht zu; „denn“, sagte er, „ich führe mit dem König einen Prozeß um meinen Kopf und ich will nicht eher Geld für meinen Bart ausgeben, als bis ich weiß, wer den Kopf behält.“ (Arbeiter-Mustrierte.)

Dienstag, 20. November, halb 8 Uhr abds. Hotel „3 Raben“, Annenstraße Mitglieder = Vollversammlung.

Tagordnung: 1. Wie wird die Partei in Zukunft arbeiten? Ref. Gen. Bineil. 2. Jahresbericht. Gen. Waag. 3. Bericht über die Lage des „Rabenuis“. 4. Wahl der Bezirkseleitung und Funktionäre. Es ist Pflicht aller Parteimitglieder, volljährig und pünktlich zu erscheinen!

Wien.

Zentraler Diskussionsabend jeden Dienstag, halb 8 Uhr, Caféhaus Widel, 17. Bel., Hornauerstraße 48 (Ecke Schannergasse).

Bohlsberg.

Jeden Samstag Diskussionsabend in Studlers Caféhaus, Reglan 7 Uhr. Samstagsabend Arbeitskollegen, Arbeiterfrauen und Jugendliche mitbringen.

Brechfond-Ausweis:

Allen Beiträgungen zum Trost. Finau: S 418, R. R. -50, Rober 1-1, Trabi -50, Suppan -52, Laffer 2. -52, Schnerba -50, Schenker 2 -46, Saig Christine 2-1, Birnring -52, Restu Josef 2-1, Laucher -50, Bineilich -50, Oberbauer Th. -52, Gebien -52, Timmisch 1-2, Jordan 2. 1-04, Diverses 1-1.

Die Selbstzerfleischung der Liquidatoren.

Josef Straßer, der Chefredakteur der „Roten Fahne“ — entlassen!

Weit entfernt, aus der schweren Niederlage vom 7. Oktober zu lernen, sehen die beiden Fraktionen in der Komm. Partei ihren allen prinzipiellen Machtkampf fort. Was schiebt sie die vollkommene Isolierung der R. P. C. von den Massen, was der Bankerot in der Gewerkschaftsarbeit, in der Arbeiterloienbewegung? Was bedeutet es, daß die R. P. C. überall Niederlagen erleidet, so z. B. vor einigen Tagen bei den Betriebsratswahlen in Grünbach? Wichtig ist nur: wer beherrscht den Apparat, die Kosten, die Geldbeutel!

In diesem Kampf scheinen nun die Schönfelder-Schlammleute, die wenigstens einen Funken politischen Charakter besitzen, von den strupellosen Machtpolitikern der Lomaniraktion überannt zu werden. Die Schönfelder-Gruppe wird als rechte, halb-sozialdemokratische Strömung bezeichnet, weil sie den Mut besitzt, wenigstens einzusehen, daß der 7. Oktober eine Niederlage war und daß die Partei bei einer Fortsetzung dieser Politik zu Grunde gehen würde.

Mit besonderer Wut wenden sich die korrupten Bankerottpolitiker der Lomanirgruppe gegen die wenigen anständigen Mitglieder des J. R., die in irgendeiner Frage eine eigene Auffassung vertreten. In erster Linie mußte Josef Straßer, der Chefredakteur der „Roten Fahne“, daran glauben. Er wurde einfach entlassen. Damit hat das J. R. glück-

lich einen der wenigen, wirklichen Kommunisten, einen geistigen Riesen in dieser Herde von Flachköpfen, beseitigt. Dasselbe Schicksal ereilte auch Genosfin Straßer. Wie lange wird es noch dauern und sie werden Gen. Reichs, einen der ganz wenigen, dessen Meinung für Geld nicht zu haben ist, als „Renegaten“ stempeln! Schon verlangt die Lomanirgruppe den Kopf Wegereers, der es wagte, im J. R. gegen die Rehabilitierung Thälmanns aufzutreten. Und schon werden die „kommenden Männer“ ihre Schatten voraus. Der Jämmerling Wertheim erscheint samt seiner ihm ebenbürtigen Gattin am Horizont, der hirn- und gesinnungslose Redaktions-laufburische Auerbach greift nach der Chefredaktion der „Roten Fahne“, Reichl soll Reichssekretär werden, mit einem Wort: die große Auferstehung aller Bankerotteure beginnt und die Laufburischen stehen jttam in Erwartung der neuen Herren.

Man muß wirklich sagen: Solche Männer in der Führung der R. P. D. sind die beste Garantie für die Sozialdemokratie, die Herrschaft über die Arbeiter zu behalten. Ohne die verdrehten Liquidatorenpolitik der Lomanis, Koritschoneks, Kopleniks et tutti quanti wäre das Spiel der S. P.-Führer nicht so leicht, wie es tatsächlich ist.

Rote Musikfreunde

Die Genossen der Musikkapelle haben sich Donnerstag, den 22. 11. im Vereinslokal, Elisabethengasse 20, wovon Festlegung der Proben bezüglich einzubringen. Die Probenführung beginnt Punkt halb 8 Uhr abends.

Gen. Krebe.